

Das Insektenschutzpaket der Bundesregierung: Fragen und Antworten

Die Bundesregierung hat Anfang des Jahres nach langem Streit zwischen Agrar- und Umweltministerium das sogenannte Insektenschutzpaket auf den Weg gebracht. Im Kern sieht dieses vor, dass zahlreiche weitere Flächen pauschal unter Schutz gestellt werden sollen. Außerdem wird der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln erschwert. Dies führt zu einer massiven Belastung für die Landwirtschaft. Die FDP-Fraktion fordert stattdessen eine Insektenschutzpolitik, die auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse fußt.

Um was geht es?

Das Insektenschutzpaket der Großen Koalition sieht weitreichende Änderungen im Bundesnaturschutzgesetz und der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung vor. Mit der Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes sollen weitere Flächen, wie Streuobstwiesen und Teile artenreichen Grünlands, pauschal unter Schutz gestellt und somit die landwirtschaftliche Bewirtschaftung darauf erschwert werden. Die Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung schreibt ein Verbot von Herbiziden und bestimmten Insektiziden in Naturschutzgebieten, Nationalen Naturmonumenten, Nationalparks und gesetzlich geschützten Biotopen mit verschiedenen Ausnahmen vor. An Gewässern soll innerhalb des Abstandes von 10 Metern ein Totalverbot gelten. Bei dauerhaftem Bewuchs soll das Verbot bei 5 Metern Abstand greifen. Als Erschwernisausgleich will der Bund im Rahmen eines neuen Fördertatbestandes in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ 65 Millionen Euro bereitstellen.

Was bedeuten die Maßnahmen für die Landwirtschaft?

Für die Landwirtschaft bringt das Insektenschutzpaket massive Belastungen. Durch pauschale Auflagen und Verbote werden der Landwirtschaft undifferenzierte Vorgaben gemacht, ohne dass detaillierte Kenntnisse über den Ausgangszustand und realistische Ziele vorhanden sind. Die Landwirtschaft kann so gar nicht den gewünschten Erhaltungszustand der Insekten erreichen. Sie kann ihn zudem schon gar nicht überprüfen. Der umfassende Verzicht auf bestimmte Produktionsmittel wie Pflanzenschutzmittel bedeutet höhere Kosten für die Landwirte. Damit verbunden sind Wertverluste bei Flächeneigentümern, die aufgrund der fehlenden Evaluierbarkeit des Insektenschutzpakets wie dauerhafte Enteignungen wirken können. Wenn Ackerkulturen, Grünland, Sonderkulturen und auch Wälder nicht mehr zuverlässig gegen Schaderreger und Krankheiten geschützt werden können, kann dies zudem auch Effekte auf indirekt betroffene Flächen haben.

Was kritisiert die FDP-Fraktion?

Das Insektenschutzpaket verbietet den Einsatz einzelner Pflanzenschutzmittel in bestimmten Gebieten pauschal. Die Bundesregierung verfolgt damit reinen Aktionismus, ohne ein definiertes ökologisches Ziel und die ökonomischen Folgen für die Betroffenen im Blick zu haben. Es werden Maßnahmen etabliert, ohne dass dem ein sachlicher Erkenntnisprozess vorangegangen ist, was in welchen Lebensräumen von Insekten wie geändert werden muss, um überhaupt zu ihrem Schutz beitragen zu können. Dass als geplanter Ausgleich nun ein neuer Fördertatbestand etabliert werden soll, ist ein weiterer zum Scheitern verurteilter Versuch der Bundesregierung, schlechte, nicht durchdachte Landwirtschaftspolitik mit viel Geld wieder gutzumachen. Anstatt Kooperationen von Naturschutz und Landwirtschaft zu stärken, werden diese zerstört. Stattdessen wird die Abhängigkeit der Landwirtschaft von staatlichen Zahlungen erhöht.

Was fordert die FDP-Fraktion?

Der Schutz der Artenvielfalt und die Erhaltung von Insektenbeständen haben auch für die Landwirtschaft elementare Bedeutung. Schließlich ist sie auf deren ökologische Funktion in Millionen von biologischen Prozessen wie der Bestäubung von Pflanzen angewiesen. Alle zum Natur- und Biodiversitätsschutz erforderlichen Maßnahmen können nur gemeinsam mit der Landwirtschaft zum Erfolg führen. Wenn Maßnahmen verhängt werden, die nicht nachvollziehbar und zielführend sind, gefährdet dies das Vertrauen und die Akzeptanz der Landwirtschaft in staatliches Handeln. Die FDP-Fraktion fordert eine Insektenschutzpolitik auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse und dazu bereits in Initiative in den Deutschen Bundestag eingebracht (Drucksache 19/26779): Ein eventueller Verlust heimischer Arten und ein Rückgang der Individuenanzahl muss genauso abgebildet werden wie natürliche Wirkmechanismen und menschliche Eingriffe in die Natur. Dabei müssen alle möglichen Wirkungspfade berücksichtigt werden, die den Zustand der Insekten in ländlichen und städtischen Räumen beeinflussen. Insektenschutzpolitik darf nicht weiter ein Schuss ins Blaue sein, sondern muss wissenschaftlich fundiert erfolgen.